uster
Wohnstadt am Wasser

Protokoll

9. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 16. März 2015, 19:00 Uhr bis 19:54 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

1 Mitteilungen

2 Protokollabnahme

3 Schulhaus Niederuster, Pavillon (acht Klassenzimmer), Genehmigung Baukredit
(Antrag 23/2015 der Primarschulpflege)

4 Interpellation 502/2014 von Balthasar Thalmann (SP):
Denkpause für Müliholz III, Antwort des Stadtrates

5 Postulat 523/2015 von Balthasar Thalmann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Meret Schneider (Grüne):
Musikschule ins Herzen von Uster

Präsenz

Vorsitz	Präsident Walter Meier
Protokoll	Parlamentssekretär Daniel Reuter
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Claudia Wyssen
Presse	Raphael Brunner, AvU

Der Präsident dankt für die vorgängige Führung durch die Ausstellung jazzorama.ch im Stadthaus und die Klavierüberleitung in die heutige Sitzung. Er begrüsst Daniel Pellegrini, der erstmals an einer Ratssitzung teilnimmt. Und er begrüsst weiter Raphael Brunner, der neu für den Anzeiger von Uster (AvU) akkreditiert worden ist.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärung:

Paul **Stopper** (BPU) verliest folgende Persönliche Erklärung:

Zuerst Sanatorium Wald und dann (vielleicht) das „Vrenelisgärtli“

Der Verwaltungsrat der Höhenklinik Wald stellte sich jahrelang gegen alle Petitionen der „Interessengemeinschaft Sani“ zugunsten der Erhaltung des Sanatoriums Wald und gegen den Verkauf der dortigen Liegenschaften taub.
Kurz vor Weinachten 2014 teilte dieser plötzlich mit, es sei nun alles ganz anders: Die Höhenklinik werde nicht aufgehoben. Ja, sie werde sogar noch ausgebaut.
Im Nebensatz hiess es dann aber allerdings „erst nach 2021“. Das wäre dann wohl erst nach der Inbetriebnahme des „Vrenelisgärtlis“ in Uster gewesen…
Es ist offenkundig, dass dieses „Weihnachtsgeschenk“ nur im Hinblick auf die Abstimmung vom 8. März 2015 über die Privatisierung des Spitals Uster gemacht worden ist.
Und das wahrscheinlich auch nur darum, weil die Spital-Verantwortlichen plötzlich spürten, dass die Privatisierung des Spitals Uster am Widerstand der Walder Bevölkerung scheitern könnte.
Vorher planten die Spitalverantwortlichen ziemlich sorglos das sogenannte „Vrenelisgärtli“. Auch die Baukosten von 250 Millionen Franken dafür machten sie nicht nervös.
Sie versprachen sogar überall, das Volk der Zweckverbandsgemeinden hätte bei diesem Bauvorhaben das letzte Wort.

Tatsächlich: im Zweckverband haben die Stimmberechtigten und Steuerzahler die Möglichkeit, über Kredite von über 5 Millionen Franken abzustimmen. Bekanntlich wäre dieses demokratische Mittel mit einer Spital AG weggefallen.
Nach der Ablehnung der Spital-Privatisierung sind die Versprechungen des Verwaltungsrates der Höhenklinik vollumfänglich einzulösen. Die Sanierung und der Ausbau der Höhenklinik Wald sind finanziell definitiv abzusichern. Und einige Jahre zu betreiben.
Ob dann in Uster tatsächlich noch ein spezielles „Gärtli" nötig sein wird, kann dannzumal besser beurteilt werden.

Ratspräsident Walter **Meier** (EVP) unterbricht Paul Stopper: *Ihre Redezeit ist abgelaufen.*

Fraktionserklärung:

Für die Grüne-Fraktion verliest Thomas **Wüthrich** folgende Fraktionserklärung:

Spital Uster – Es kam wie es kommen musste

Zugegeben, dass letztlich tatsächlich ein derart klares Nein zur Umwandlung des Spitals Uster in eine AG resultieren würde, durfte nicht erwartet werden. Und trotzdem, eine Überraschung ist es auch wieder nicht. Vor knapp zwei Monaten hatten die Grünen an dieser Stelle festgehalten, dass dem Gemeinderat kaum je eine so unausgegorene Vorlage vorgelegt worden war, wie diese zum Spital Uster.
Und so kam es, wie es kommen musste. Die Vorlage bot derart viel Angriffsfläche, dass sie trotz des massiven Einsatzes der Spitalleitung und der übrigen Befürworter nicht zu retten war! Und so ist das Nein auch klar ein Misstrauensvotum an die Adresse des Verwaltungsrates und des Direktors, die eine Privatisierung des Spitals einfach mal so schnell à tout prix durchboxen wollten. Aber die Stimmberechtigten haben sich nicht für dumm verkaufen lassen und haben die Privatisierungs-Turbos abrupt gestoppt.
Der Verwaltungsratspräsident lässt sich in seiner Reaktion zum Abstimmungsresultat zitieren, die Gegner hätten mit unwahren Aussagen hantiert und die Stimmberechtigten seien von den Gegnern der Vorlage in die Irre geführt worden. Erstens verbitten wir uns, dass die Gegner faktisch als Lügner verunglimpft werden, und zweitens sollte der Verwaltungsratspräsident zuerst vor der eigenen Tür kehren.
Denn die Vorlage selber zeichnete sich durch zahlreiche Mängel, Unklarheiten, ja Unwahrheiten aus! Die schwammigen Formulierungen sowohl in der IKV wie in den Statuten der AG und das Vorgaukeln von Tatsachen, die noch gar keine waren, mobilisierten die Gegnerschaft von links bis rechts!
Dies kristallisierte sich an der Frage der Gemeinnützigkeit besonders deutlich heraus. Erstens lag kein Entscheid vor, dass eine Spital Uster AG tatsächlich als gemeinnützige Organisation anerkannt würde; zweitens wurde zunehmend deutlicher, dass das Konstrukt der gemeinnützigen AG keine rechtliche Grundlage hat; und drittens, ein Festschreiben der Gemeinnützigkeit im Privatrecht, dem eine AG untersteht, gar nicht möglich ist. Trotzdem wurden die Verantwortlichen der Spitalleitung wie auch die Delegierten des Zweckverbandes nicht müde, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf diese Gemeinnützigkeit hinzuweisen - so lange und so verbissen bis die Mehrheit der Ustermer Stimmberechtigten der Mär der Gemeinnützigkeit keinen Glauben mehr schenken wollte.
Mit diesem Volksentscheid ist die Umwandlung des Zweckverbandes in eine AG definitiv vom Tisch. Die Verantwortlichen sind nun aufgefordert, mit demselben Elan und Engagement wie im Abstimmungskampf den Zweckverband zu stärken oder allenfalls die Überführung in eine andere Organisationsform wie die interkommunale Anstalt anzupeilen. Allerdings müssen sich 6 der 7 Ustermer Spital-Delegierten ernsthaft fragen, ob sie als Befürworter einer AG für die Inangriffnahme der nun anstehenden Aufgaben wirklich die geeignete Vertretung der Ustermer Stimmberechtigten sind.

1 Mitteilungen

Der Präsident erinnert an die Aktenauflage.

Anmeldungen für das Jahresschluss-Essen vom 10. April 2015 können dem Parlamentssekretär ausgehändigt werden.

Die Formulare für Stundenrapport-Abrechnungen sind versandt worden.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 8. Sitzung vom 9. Februar 2015 ist rechtzeitig aufgelegen. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Schulhaus Niederuster, Pavillon (acht Klassenzimmer), Genehmigung Baukredit (Antrag 23/2015 der Primarschulpflege)

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Kathrin **Agosti** (SP): *Die KBK hat den Antrag am 2. März 2015 beraten. Sie ist von der Notwendigkeit des vorliegenden Bauprojektes der Primarschule überzeugt und – ich nehme es vorweg – sie hat ihm einstimmig zugestimmt.*
Den Antrag vorgestellt und Fragen beantwortet haben die Primarschulpräsidentin Patrizia Bernet, Thomas Bornhauser, Leiter Liegenschaften, und Patrick Bohrer, Primarschulpflege.
Sie wissen, um was es geht: Aufgrund von steigenden Schülerzahlen ist per nächstes Schuljahr mehr Schulraum notwendig. Mit der Pavillonlösung – für deren Bau uns heute der Antrag zur Genehmigung des Gesamtbaukredits über CHF 2'450'000 vorliegt - sollen deshalb auf städtischen Parzellen neben dem Schulhaus Niederuster auf den nächsten Schulanfang 8 neue Schulzimmer mit Nebenräumen geschaffen werden. Zwei davon werden für Kindergartenklassen gebraucht. Auch die Tagessschule wird dort untergebracht. Konstruktion und Ausbau entsprechen dem Pavillon beim Schulhaus Pünt.
Folgendes waren die Themen in der KBK:

- *Ausschreibungsverfahren: Es wurde der gleiche Baubeschrieb wie beim Pünt verwendet. Die Ausschreibung ist auf dem Weg der Vergabe erfolgt. Offerten liegen nun vor. Die Vergabe wird im März erfolgen (unter Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates zum Kredit).*
- *Grundriss: Es wurde nach der Notwendigkeit von Gruppenräumen gefragt und ausgeführt, dass sich deren Anzahl an den kantonalen Richtlinien ausrichten würde. Gruppenräume würden erfahrungsgemäss sehr gut genutzt und seien eher Mangelware. Zudem wurde angemerkt, dass der Grundriss nicht optimal sei, weil zum Beispiel der Eingang durch den Garderobenbereich hindurch geplant sei und auch die Sanitäranlagen knapp seien. Patrizia Bernet hat dazu ausgeführt, dass es halt eine Standardlösung sei, dass es aber auch wichtig sei, aus den Gegebenheiten das Beste zu machen.*
- *Nach der längerfristigen Planung gefragt, wurde ausgeführt, dass es nun darum gehe, die Zeit zu überbrücken, bis das Schulhaus Krämeracker stehe. Aber auch das Schulhaus Krämeracker wird dann nur mal für den Moment genügen. Es muss dann eine Neubeurteilung durchgeführt werden. Wenn die Schülerzahlen weiterhin wachsen, sei es gut möglich, dass schon bald die Diskussion aufgenommen werden muss über weitere Lösungen wie Erweiterungsbauten bei bestehenden Schulhäusern. Ob der Pavillon nach Erstellung des Krämerackers noch gebraucht werde, hänge von der Entwicklung der Schülerzahlen ab. Die Baubewilligung könnte jedenfalls problemlos um fünf Jahre verlängert werden.*
- *Ein Thema war noch die Zuteilung der Kinder. Dies ist sowieso eine anspruchsvolle Sache und wird nicht einfacher, weil ja die Schüler der Tagesschule aus dem ganzen Gemeindegebiet in die Schuleinheit Niederuster kommen. Da ist bei der Zuteilung noch mehr Flexibilität gefordert. Zukünftig soll dies dadurch gelöst werden, dass vermehrt ganze Kindergruppen umgeteilt werden. So kann, wo nötig, auch der Transport besser organisiert werden.*
- *Energetisch: Die Pavillons sind gleich isoliert wie ein normales Gebäude. Die Heizung wird über die Gasleitung der jetzt zum Abbruch freigegebenen Liegenschaft versorgt werden.*
- *Auf die Nachfrage, ob die Termine bis Schulanfang eingehalten würden, wurden wir darüber informiert, dass die Genehmigung des Baukredits spätestens in der April-Sitzung des Gemeinderates stattfinden müsste. Sonst sei die Fertigstellung auf Anfang Schuljahr nicht mehr möglich.*

Dies waren die Themen, die in der Kommission diskutiert wurden. Wie gesagt, der Entscheid zur Zustimmung war einstimmig.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Patricio **Frei** (Grüne): *Die Rechnungsprüfungskommission hat in ihrer Sitzung vom 9. März 2015 den Antrag der Primarschulpflege für acht Klassenzimmer in einem Pavillon beim Schulhaus Niederuster behandelt. Schulpräsidentin Patricia Bernet und Thomas Bornhauser, Leiter Liegenschaften, haben die Vorlage erläutert und anschliessend die Fragen beantwortet.*
Zunächst gab es eine kleine Berichtigung: Die Heizung für den Pavillon wird an die Gasleitung der abzureissenden Liegenschaft angeschlossen und nicht – wie irrtümlich vor der KBK dargelegt - an die Liegenschaft Seestrasse 107.
Betont wurde, dass es sich beim Pavillon um ein Provisorium handle, für das eine Bewilligung über fünf Jahre vorliege – die allenfalls um weitere fünf Jahre verlängert werden könnte. Dann aber sei die Schmerzgrenze erreicht. Weil auf eine Etappierung wie beim Pavillon für das Schulhaus Pünt verzichtet wird, können Mehrkosten vermieden werden.
In der Diskussion wurde noch einmal klar: Die Terminplanung ist sehr ambitioniert, aber mit einem heutigen Ja des Gemeinderats könnte es gerade noch reichen, den Bau rechtzeitig fertig zu stellen. Die Unterstützung für den Antrag wurde nicht in Frage gestellt. Die RPK beschloss einstimmig mit 9:0 Stimmen, dem Gemeinderat die CHF 2,45 Millionen für den Bau eines Pavillons beim Schulhaus Niederuster zur Annahme zu empfehlen.

Und für die Grüne-Fraktion erklärt Patricio **Frei:** *Der Gemeinderat Uster hat bei der Bewilligung von Schulraumprovisorien bereits eine reiche Erfahrung. Doch noch immer löst ein solcher Antrag ganz unterschiedliche Reaktionen aus – jedenfalls bei uns Grünen: Einerseits ist es unbestritten, dass die Stadt Uster für die Schülerinnen und Schüler eine ausreichende Zahl an Klassenzimmer zur Verfügung stellen muss. Andrerseits schmerzt es, zweieinhalb Millionen Franken auszugeben, für etwas, das maximal zehn Jahre bestehen soll. Für dieses Geld hätten wir Grünen lieber beim neuen Schulhaus Krämeracker eine Dreifachturnhalle für die Ewigkeit ermöglicht.*
Dennoch: Etwas anderes als ein Ja kommt doch gar nicht in Frage. Wir Grünen sind zuversichtlich, dass dies für geraume Zeit das letzte Schulhaus-Provisorium ist und die Primarschulpflege allfällige weitere Schulraumerweiterungen mit dauerhaften Lösungen angehen wird. Somit sollte dieser Pavillon auch die letzte Zusatzausgabe für das millionenschwere Debakel um das Krämerackerschulhaus bedeuten.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Deborah **Bernhard** (SVP): *Der Pavillon in Niederuster wurde geplant, um die steigenden Schülerzahlen aufzufangen, bis das Schulhaus Krämeracker im Jahr 2018 erstellt ist. Der Raumbedarf ist also unbestritten. Wir von der SVP/EDU Fraktion finden es allerdings nicht ideal, dass die Tagesschule in den Pavillon einzieht und somit bereits die Hälfte der Räume belegt ist. Es ist fraglich, ob der Pavillon bei steigenden Schülerzahlen so für die nächsten Jahre ausreichen wird. Dass die Primarschule bis zur Fertigstellung des Krämerackers noch mehr Schulraum benötigt, kann keine Option sein. In diesem Falle müsste die Verlegung der Tagesschule an einen alternativen Standort in Betracht gezogen werden.*
Bei den knappen Raumverhältnissen ist es auch umso wichtiger, dass die Räume ideal genutzt und möglichst ausgelastet werden. Dies betrifft z. B. die Räume der Tagesstrukturen oder auch Gruppenräume.
Die SVP/EDU Fraktion unterstützt den Antrag und vertraut darauf, dass die Primarschule effizient mit den Raumressourcen umgeht.

Paul **Stopper** (BPU): *Auch wir sind für Zustimmung zu diesem Kredit. Die Umgebung soll nach naturnahen Kriterien gestaltet werden. Die „Container-Manie" ist nicht nur vom Guten, sie ist unansehnlich und energetisch schlecht. Deren Wände haben keine Speicherkapazität für Wärme und Kälte. Darum müssen diejenigen bei der Kantonsschule sogar im Sommer gekühlt werden. Es soll nach bewährten Kriterien in Zukunft geplant werden, und zwar mit bewährten Baumaterialien. Flachdächer sind rasch undicht und betreffend Wärmedämmung schlecht. Das als Wunsch an die Primarschulpflege. Wir sind die Stadt der Bahnübergänge und der Verkehrskreisel. Uster soll aber nicht die Stadt der Schulhaus-Container werden.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34:0 Stimmen:

1. **Der Gesamtbaukredit von 2'450'000 Franken inkl. MWST für die Erstellung eines Schulpavillons (8 Klassenzimmer), auf der Schulhausanlage Niederuster, wird genehmigt.**

2. **Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel allenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**

3. **Mitteilung an den Stadtrat bzw. an die Primarschulpflege zum Vollzug.**

4 Interpellation 502/2014 von Balthasar Thalmann (SP): Denkpause für Müliholz III, Antwort des Stadtrates

Der Stadtrat hat die Interpellation am 16. Dezember 2014 beantwortet. Der Interpellant, Balthasar **Thalmann** (SP), nimmt Stellung:

Zuerst zwei Dankeschön an den Stadtrat:
1. Danke für die Beantwortung der Interpellation.
2. Danke für den Abbruch des Bieterverfahrens zum Verkauf des Müliholz III.
Die geforderte Denkpause für das Müliholz III ist eingetreten.

Für mich gibt es in diesem Zusammenhang drei Punkte zu diskutieren:
1. die Landpolitik der Stadt,
2. wo möchten wir in Uster unsere Verkaufsflächen und Dienstleistungsbetriebe haben und
3. mit welchen Konzepten ideale Voraussetzungen für das produzierende Gewerbe geschaffen werden können und was die öffentliche Hand dazu beitragen soll.

Zur Landpolitik: Mit dem Verkauf von Grundstücken in den letzten Jahren im Wert von mehreren Dutzend Millionen Franken hat sich die Stadt ihren Handlungsspielraum massiv eingeschränkt. Es scheint langsam bei allen Akteuren klar zu sein, dass der Verkauf von Grundstücken nicht mehr dem Zeitgeist entspricht und wohl als dumm zu bezeichnen wäre. Als erstes muss die Stadt dafür sorgen, wieder zu Grundstücken zu kommen. Als zweites sind Grundstücktausche zu prüfen und als Drittes kann die Vergabe von Grundstücken im Baurecht geprüft werden. Für Landverkäufe fehlen die guten Argumente.
Für uns fehlt nach wie vor der Tatbeweis, dass der Stadtrat eine strategische Boden- und Immobilienpolitik in diesem Sinne betreibt. Es sind schon mehr als 5 Jahre vergangen, wo wir den Leistungsauftrag zur Landpolitik angepasst haben.
Da Gewerbe nicht einfach Gewerbe ist, sind die Aussagen zu Verkauf und Dienstleistungen zu differenzieren. Verkaufsflächen gehören ins Zentrum und nirgendwo anders hin. So gesehen liefert der neue Coop beim Migros Uster West genau die falschen Impulse für die Stadtentwicklung. Ebenso ins Zentrum gehören Dienstleistungsbetriebe. Nur dort ist die Erschliessung vor allem mit dem öffentlichen Verkehr gut genug, um mit den Standorten in der Stadt Zürich und im Glattal mitzuhalten.
Und am Ende bleibt noch der klassische Handwerksbetrieb. Am meisten unter Druck kommt das produzierende Gewerbe, vor allem dann wenn wir in den Arbeitsplatzzonen auch Verkauf und Dienstleistungen oder gar Wohnen zulassen. Das jagt die Preise in die Höhe. Mir selber ist nicht klar, wie der Stadtrat diese Situation einschätzt. Ich fände es schade, falls mangels konsistenter Strategie weitere Traditionsfirmen aus Uster wegziehen.So gesehen müssen wir froh sein, dass wir wenigstens noch ein bisschen Land haben. Eine Denkpause fürs Müliholz III tut gut und ist nötig.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Ich schliesse mich dem soeben geäusserten Dank an. Die Beantwortung der Interpellation 502 erstaunt kaum, wenn man sich die Art und Weise des Vorgehens bei der Erweiterung des Arbeitsplatzgebiets Müliholz in der Vergangenheit ansieht. Offenbar wurde das Ganze nicht besonders durchdacht oder gar mit Weitblick angegangen – und wird es ja auch noch immer nicht. Oder wie sonst ist die Antwort des Stadtrates auf die Frage, ob eine Vorstellung davon existiere, wann und wie die Erweiterung an die Hand genommen werden soll, zu interpretieren? Seine Stellungnahme lautet: „Im Rahmen der Revision der Richt- und Nutzungsplanung wird sich der Stadtrat mit dieser Thematik auseinandersetzen." Aha. Also keine Vorstellung.*

Auch sonst werden die Fragen reichlich unbefriedigend beantwortet. Dass die Tatsache, dass der revidierte kantonale Richtplan noch nicht rechtskräftig ist, der Möglichkeit der Beurteilung von Nutzungspotenzialen im Wege steht, das kann ja hoffentlich nicht der Ernst sein. Mehrmals kommt die Frage auf, ob man als Gemeinderätin für voll genommen wird, wenn man sich die schwammig und interpretationsbedürftig formulierten Antworten zu Gemüte führt. Doch kann die mehr oder weniger ziellos von Frage zu Frage mäandernde Beantwortung durchaus als Abbild der Strategie bei der Thematik Müliholz begriffen werden – und hat so zumindest als poetisches Bild einen gewissen Wert.
Da nun das Biete-Verfahren aber abgebrochen wurde und eine Neubeurteilung der Ausgangslage erfolgen wird, möchten wir auf der Vergangenheit gar nicht mehr weiter herumreiten. Wir freuen uns daher grundsätzlich auf eine neue Strategie des Stadtrates, in der die veränderten Faktoren Beachtung finden und entsprechend einbezogen werden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Die Interpellation ist erledigt.

5 Postulat 523/2015 vom Balthasar Thalmann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Meret Schneider (Grüne): Musikschule ins Herzen von Uster

Balthasar **Thalmann** (SP) begründet das Postulat: *Als die Musikschule ihre Räumlichkeiten im Erdgeschoss der Genossenschaft Kreuz bezog, hatte Uster rund einen Drittel weniger Einwohnerinnen und Einwohner als heute. Kein Wunder also, genügen die Räumlichkeiten für die Musikschule längst nicht mehr. Heute wird Musikunterricht an vielen Standorten, teils sogar in den Wohnungen der Musiklehrer und Musiklehrerinnen, erteilt. Im Gegensatz zu Autos, Wohnungen oder Landwirtschaftsbetrieben sind die Instrumente in den letzten Jahren nicht gewachsen. Sehr wohl aber die Anzahl Jugendlicher, die ein Instrument erlernen möchten. Das ist gut so.*
Der Verein Musikschule Uster-Greifensee hat in seinem letzten Jahresbericht den Wunsch geäußert, seinen Betrieb auf dem Zeughausareal zu konzentrieren. Aus politischer Warte ist dies eine mehr als nur zu prüfende Idee. Die Musikschule gehört zu Uster, ist also Teil des Herzens von Uster. Sie gehört also auch ins Herzen von Uster. Aus kultureller Sicht wird dies das Zeughausareal sein. Auf dem städtischen Teil hat es genügend Platz. Zu vermuten ist auch, dass viele Synergien zwischen der Musikschule und anderen dort anzusiedelnden Nutzungen gefunden werden können. Interessant ist die Idee der Musikschule auf dem Zeughausareal auch deshalb, weil damit dem Areal auch tagsüber Leben eingehaucht werden könnte. Ganz einfach ist die Umsetzung dieser Idee nicht, ergeben sich doch einige organisatorische, planerische und finanzielle Fragestellungen.
Ich danke Ihnen, wenn Sie unsere Sicht auf diese Idee und Fragestellung teilen und den Stadtrat beauftragen, sich der Denksportaufgabe "Musikschule ins Herzen von Uster - das Zeughausareal als idealer Standort?" anzunehmen.

Stadträtin Patricia **Bernet** erklärt: *Der Stadtrat ist zur Annahme des Postulats bereit. Dabei sollen weitere Institutionen einbezogen werden können.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion erklärt Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *Am 18. Dezember 2014 reichte Myriam Wunderli bei der Stadt Uster, vertreten durch das Stadtratsmitglied Patricia Bernet und den stellvertretenden Stadtschreiber Jörg Schweiter, eine Petition mit dem Titel „Musik im Zentrum – von Uster“ ein. Diese von 400 Personen unterzeichnete Petition fordert, dass die Musikstunden wieder an einem zentralen, für Schulkinder gut erreichbaren Ort in Uster stattfinden sollen und mittelfristig die Realisierung eines zentralen Musikschulgebäudes in Uster in Angriff genommen werden soll. Anlass für den Unmut bei den Eltern und somit Anstoss für diese Petition war die Tatsache, dass die Büros der Musikschule auf Kosten der Übungsräume vergrössert und darum die Musikschulkinder auf etliche Räume in ganz Uster ausgelagert wurden. Dies hatte zur Folge, dass viele Musikschüler und Musikschülerinnen der Mittelstufe, die bisher ihren Weg selbständig bewältigen konnten, nun von ihren Eltern durch Uster gefahren werden müssen.*
Mit dem vorliegenden Postulat „Musikschule ins Herz von Uster“ konkretisieren die Postulanten die Forderung dieser Petition nach einem zentralen Musikschulgebäude in Uster. Für einen neuen zentralen Standort in Uster drängt sich das Zeughausareal in geradezu idealer Weise auf. Auf dem Zeughausareal soll das zukünftige Kulturzentrum der Stadt Uster entstehen. Und der Hauptsitz der Musikschule oder besser gesagt ein grosses Musikzentrum, welches neben den eigentlichen Schulungsräumen auch Übungsräume oder gar ein Tonstudio mitbeinhalten könnte, liesse sich aus unserer Sicht bestens in ein geplantes Kulturzentrum integrieren.
Die Erstellung eines grossen Musikhauses oder Musikzentrums ergäbe eine Win-Win-Situation für die Musikschule und das Zeughausareal. Die Musikschule käme zu attraktiven Räumen, einem zentral gelegenen Hauptsitz und wäre nicht mehr auf unzählige dezentrale unattraktive Standorte verzettelt. Der geplante Saal und die Kleinkunstbühne könnten von der Musikschule mitgenutzt werden und kämen dadurch schon früh zu einer guten Auslastung. Und das ganze Areal würde auch tagsüber durch die Musikschüler belebt.
Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung des Postulats und stimmt einstimmig zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die SVP/EDU-Fraktion ist nicht gegen die Musiksc hule. Wir sind auch nicht gegen die Musikschule im Zeughausareal. Und trotzdem stimmen wir nein. Wir sind nämlich gegen solche überflüssigen Vorstösse.*
Einfach zu schauen, was die Verwaltung so macht und dann mit einem gleichlautenden Vorstoss einen Haufen heisse Luft zu produzieren, ist einfach nicht sachdienlich. Aber Hauptsache, das eigene Logo ist nochmals auf einem Zettel.
Im aktuellen Fall ist man beim Zeughausareal erst beim Gestaltungsplan und noch nirgendwo in der Detailplanung. Zudem hat die Musikschule ihren Wunsch bereits selber angemeldet und die Stadt hat ihn gehört. Wenn die Zeit reif ist, wird die Stadt von selbst prüfen, ob die Musikschule ins Zeughausareal kommt. Da muss man nicht auch noch wie die alte Fasnacht hinterher kommen und nur für die Galerie das Gleiche nochmals fordern.
Das Gleiche gilt für das Postulat zum Verkehrskonzept Buchholz. Alle wissen, dass die Stadt sich am überlegen ist, wie man den Verkehrsknoten dort oben lösen kann. Dennoch schafft man es, genau das nochmals zu fordern. Nur um nachher zu behaupten: „Mir händs erfunde."
Offene Türen muss man nicht mehr einrennen – und schon gar nicht zu einem falschen Zeitpunkt. Wir finden, die Stadt sollte Probleme lösen können und nicht wegen unnötiger Vorstösse dazu davon abgehalten werden. Diesen Aufwand und die Kosten können wir uns sparen.
Wie gesagt: Weil die Stadt zur richtigen Zeit von sich aus überprüft, ob die Musikschule ins Zeughausareal kommt, können wir, ohne der Sache nachteilig zu sein, hier nein stimmen und ein Zeichen gegen solche überflüssigen Vorstösse setzen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Wenn das die neue Strategie der SVP ist, dann werden wir uns auch so verhalten müssen.*
Die aktuelle Situation der Musikschule Uster ist unglücklich – für alle Beteiligten. Durch die Verteilung auf verschiedene Standorte ergibt sich eine Verzettelung, die dem Eindruck eines Musikkomplexes und dem damit verbundenen Zusammengehörigkeitsgefühl im Wege steht. Wer selber als Kind zur Musikschule gegangen ist, weiss um deren Bereicherung und um die kreative Dynamik, die dort entstehen kann – gerade dadurch, dass Kinder mit verschiedenen Instrumenten durch die räumliche Nähe ihres Unterrichts zusammenkommen und sich austauschen können. Es entstehen richtige kleine „Kreativwerkstätten", in denen auf Instrumenten von anderen musiziert wird und zu meiner Schulzeit oft Ideen zu Band-Gründungen aufkamen. Auch die Integrationsfunktion für die Kinder mit Migrationshintergrund, die ein solcher Musikkomplex ausüben kann, ist nicht zu unterschätzen.
Der Mehrwert des Zusammenführens der verschiedenen Standorte ist offensichtlich; so hat bereits die Musikschule selber mit dem Wunsch, sie auf dem Zeughausareal zu konzentrieren, die Initiative ergriffen. Durch die Nähe zum dort entstehenden Kulturzentrum, könnten Synergien genutzt und das Areal durch die Kinder belebt werden. Uster ist längerfristig so lebendig und kreativ wie sein Nachwuchs – Strukturen, die dazu beitragen, sollten daher unbedingt gefördert werden.
Die Grünen freuen sich auf ein kreativ und sinnvoll genutztes Zeughausareal, unterstützen das Postulat betreffend Musikschule ins Herz von Uster und empfehlen Ihnen Ja zu stimmen.

Für die FDP-Fraktion referiert Rudolf **Locher**: *Die Postulanten Thalmann, Räuftlin und Schneider wollen eine zentrale Musikschule im neuen Kulturzentrum Zeughaus. Es erstaunt uns, dass sie bis jetzt immer quartiernahe Schulen mit kurzen und sicheren Schulwegen bevorzugten.*
Bei Schulhausbauten verlangten sie immer, die Wünsche der Musikschule seien miteinzubeziehen und umzusetzen. Sie wünschten auch den Ausbau des Einzelunterrichts, was die Schulwegfrage ins Zentrum nochmals erschweren wird und die Eltern erneut fordert.
Zwei der Postulanten, Balthasar Thalmann und Meret Schneider, sind in der Kommission Planung und Bau (KPB), also in der Kommission, wo die künftige Nutzung des Kulturzentrums Zeughaus schon mehrfach und immer wieder diskutiert worden ist. Ein einfaches Votum, ein Protokoll, und der Stadtrat hätte reagiert.
Auch innerhalb des Stadtrates hätte die Präsidentin der Abteilung Bildung ohne weiteres die Möglichkeiten oder die Idee einer solchen Musikschule direkt der Abteilung Bau, beide sitzen ja hier nebeneinander, übermitteln können.

Nur weil diese einfachen, vielleicht zu einfachen Möglichkeiten alle nicht genutzt werden, wird jetzt das Mittel eines Postulats ergriffen.
Wir hoffen sehr, dass die Postulatsantwort auch die zu erwartenden Kosten mit allen Nebenkosten, also auch mögliche Schülertransporte, die Leerstände in den Schulhäusern, usw. aufzeigen wird.
Weil wir gegen eine solche Zentralisierung sind, lehnen wir das Postulat ab.

Beatrice **Mischol** (Grünliberale) weist *den Vorwurf der SVP betreffend „überflüssige Vorstösse" als anmassend zurück.*

Balthasar **Thalmann** (SP) *will über den Inhalt und nicht über die Form diskutieren. Dafür gibt es das Parlament, dass wir über die verschiedenen Meinungen diskutieren. Der Stadtrat muss wissen, was der Gemeinderat über eine Idee denkt. In keinem NPM-Bericht steht bis heute, ob der Stadtrat diese Frage prüft. Solche „Nichteintretensdebatten" halte ich für nicht angemessen. Die Diskussion über die Form kann als Diskussionsverweigerung interpretiert werden.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 19:15 Stimmen:

1. **Das Postulat 523/2015 wird überwiesen.**
2. **Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Kenntnisnahmen

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

524/2015
Anfrage von Markus Wanner (SP) vom 10. Februar 2015: Planungs- und Infrastrukturgewinne im Immobiliensektor

527/2015
Anfrage von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU) vom 16. März 2015: Ausbau der Strecke Uster – Aathal und Realisierung einer S-Bahn-Haltestelle „Oberuster“

Der Stadtrat hat folgende Anfrage beantwortet:

517/2014
Anfrage von Ursula Räuftlin (Grünliberale) vom 11. Dezember 2014: Veloabstellplätze im Zentrum von Uster (Stadtratsbeschluss vom 10. März 2015)

Folgende Motion wurde mit Zuschrift vom 2. März 2015 zurückgezogen:

525/2015
Leistungsmotion von Patricio Frei (Grüne) vom 12. Februar 2015: Erhöhung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 13. April 2015 statt.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Walter Meier

Datum

Die Stimmenzähler

Richard Sägesser

Kathrin Agosti

Bruno Modolo